

# Beilage 1201/2007 zum kurzschriftlichen Bericht des Öö. Landtags, XXVI. Gesetzgebungsperiode

## Initiativantrag

**der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen  
Landtags betreffend dem Verbot von Gewalt in modernen Medien,  
vor allem so genannter "Killerspiele"**

**Gemäß § 26 Abs. 6 LGO wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.**

**Der Öö. Landtag möge beschließen:**

### **Resolution**

Die Öö. Landesregierung wird ersucht, bei der Bundesregierung dafür einzutreten, dass diese im Rahmen ihrer Kompetenzen alle Möglichkeiten - insbesondere im Strafrecht und in der Gewerbeordnung - ausschöpft, damit der Verkauf und die Weitergabe sowie das Betreiben von Spielen und Filmen, die kriminelle Handlungen von menschenverachtender Brutalität oder Gewaltdarstellungen verherrlichen oder verharmlosen, verboten werden.

### **Begründung:**

So genannte "Killerspiele" verharmlosen die in ihrer Fiktion stattfindenden Tötungen virtueller Figuren, verherrlichen kriminelle Handlungen von menschenverachtender Brutalität. Angst und Gewalt fungieren hierbei als Mittel, um die Dauer des Eintauchens in diese Scheinwelt zu verlängern. Für Medienpädagogen ist daher erwiesen, dass brutale Spiele bei Kindern und Jugendlichen, die zu gewaltbereitem Verhalten neigen, die Aggressionsbereitschaft steigern.

Besonders alarmierend ist die Verbreitung von "happy slapping", wobei unbeteiligte Personen geschlagen und gequält werden und per Handy mitgefilmt wird. Derartige Videoclips werden dann zusammen mit "snuff-Videos" (vom englischen "snuff out" = jemanden auslöschen) - bei denen sogar Hinrichtungen gezeigt werden bis hin zu (kinder)pornographischen Inhalten - auf Schulhöfen von Handy zu Handy getauscht.

Die Bundesländer und hier vor allem Oberösterreich haben bereits im Rahmen ihrer Kompetenz im Jugendschutzgesetz Vorkehrungen getroffen um Gewalt und Gewaltverherrlichung von der Jugend möglichst fern zu halten.

Weiters werden durch eine Initiative des Landes Oberösterreich Spiele, die einen hohen Spielspaß aufweisen, pädagogisch empfehlenswert sind, wichtige Fähigkeiten fördern und sich am neusten technischen Stand befinden, durch das Gütesiegel "Enjoy the Game" hervorgehoben.

Die Maßnahmen auf der Ebene der Länder sollten durch bundesrechtliche Initiativen in den genannten Bereichen aber verstärkt werden. Deshalb ist nunmehr auch der Bund angehalten, solche Jugend fördernde und schützende Maßnahmen Österreichweit zu forcieren und im Strafrecht und in der Gewerbeordnung alle Möglichkeiten auszuschöpfen. Dadurch sollen nämlich gesetzliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, die bereits die Produktion, den Verkauf, den Vertrieb und die Weitergabe von jugendgefährdenden Spielen und Filmen verhindern.

Darüber hinaus werden etwa "snuff-" oder "happy slapping-" Videos nicht klassisch vorgeführt oder angeboten, sondern - ganz einfach - über Weitergabe per Handy zugänglich gemacht. Diesbezüglich wäre eine

strafrechtliche Sanktionierung wünschenswert, insbesondere, weil die Herkunft derartiger Medien meistens aus einem professioniellen Produktionskreis stammt.

Linz, am 12. Juni 2007

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

**Strugl, Orthner, Ecker, Brandmayr, Aichinger, Stelzer, Weinberger, Steinkogler, Brunner, Weixelbaumer, Entholzer, Hüttmayr, Eisenrauch, Schürerer, Frauscher, Lackner-Strauss, Pühringer, Jachs, Mayr, Hingsamer, Schillhuber, Kiesl, Gumpinger, Stanek, Bernhofer**

(Anm.: Fraktion der GRÜNEN)

**Schwarz, Eisenriegler, Trübswasser, Wageneder, Hirz**

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

**Frais, Chansri, Pilsner, Peutlberger-Naderer, Jahn, Schreiberhuber, Affenzeller, Kraler, Bauer, Eidenberger, Röper-Kelmayr, Lischka, Öller, Makor-Winkelbauer, Kapeller, Lindinger, Schmidt, Prinz, Sulzbacher, Mühlböck, Weichsler**

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

**Steinkellner, Moser**